Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Dienstag, den 26. November 1878. Nr. 554.

Deutschland.

** **Berlin**, 25. November. Angebliche Nachrichten aus Wiesbaden sprechen von verschiedenen Strömungen, welche in der Umgebung des Kaisers in Betreff der Rückkehr desselben nach der Hauptstadt zu den Geschäften sich gegenübertreten sollen. Es wird namentlich behauptet, daß die Aerzte neuerdings Bedenken geäußert hätten. Die ganze Nachricht ist irrthümlich und nur eine Wiederholung älterer Annahmen. Die Beschlüsse wegen der Rückkehr des Kaisers und der demnächstigen Wiederübernahme der Regierung sind in völliger Uebereinstimmung der betheiligten Stellen ohne ärztlichen Widerspruch gefaßt und ihre Ausführung nach allen Seiten vorbereitet.

Die Reichskommission für das Sozialistengesetz hat unter dem Vorsitz des Grafen Eulenburg heute ihre erste geschäftliche Sitzung abgehalten. Die Meldung eines Blattes, es sei heute nur die Vertheilung der eingegangenen Beschwerden unter die Referenten vorzunehmen gewesen, ist irrig. Diese Vertheilung hat bereits stattgefunden und in der heutigen Sitzung war schon die Entscheidung über eine Anzahl der Beschwerden zu treffen.

Die Nachricht der „Weser-Zeitung“, daß die österreichischen Vorschläge wegen Abschlusses eines Meistbegünstigungs-Vertrages Seitens des Reichskanzlers einer aus Mitgliedern der betheiligten Reichs- und Staatsbehörden gebildeten Kommission zur Begutachtung überwiesen worden seien, ist ohne jeden Grund.

Der Gesetzentwurf wegen Aufbringung der Gemeindeabgaben ist von den Ministern des Innern und der Finanzen nach erfolgter Verständigung mit den übrigen betheiligten Ministern bereits in voriger Woche dem Staatsministerium vorgelegt worden und wird dem Landtage wohl unverweilt zugehen. Der Entwurf schließt sich in den Grundzügen wie in der Mehrzahl der Einzelbestimmungen dem vorjährigen Entwurf an, doch haben einige Spezialbestimmungen unter Berücksichtigung der in den vorjährigen Kommissionsberathungen des Abgeordnetenhauses geltend gemachten Gesichtspunkte Modifikationen erfahren.

An der am Sonnabend unter Vorsitz des Grafen Stolberg abgehaltenen Sitzung des Staatsministeriums konnte der von seiner Unpäßlichkeit genesene Unterstaatssekretär Homeyer wieder theilnehmen. Wie ich höre, wird das Staatsministerium morgen wiederum zu einer Sitzung zusammentreten.

Berlin, 25. November. Wie die „Nat.-Ztg.“ meldet, ist am 23. d. Mts. zu Paris der polnische General Mieroslawski gestorben. Ludwig Mieroslawski wurde im Jahre 1814 zu Nemours in Frankreich geboren. Sein Vater war polnischer Offizier in der Armee des Großherzogthums Warschau gewesen, seine Mutter Französin. Im Jahre 1815 kehrten die Eltern nach Polen zurück, Ludwig wurde im Kadettenhause zu Kalisch erzogen. Als Revolutionär trat Mieroslawski zuerst 1830 in seinem Vaterlande auf. Nach Beendigung der Revolution ging Mieroslawski nach Frankreich und wurde schriftstellerisch thätig. („Historie de la révolution de Pologne.“) 1842 wurde M. Mitglied der polnischen Centralbehörde der Emigration zu Paris, 1845 mit einer revolutionären Sendung nach Posen betraut, 1846 verhaftet, 1847 in Berlin zum Tode verurtheilt, jedoch vom Könige zu lebenslänglicher Haft begnadigt. Die März-Revolution befreite ihn aus dem Gefängniß in Moabit, worauf er sofort in Posen revolutionäre Verbindungen in's Leben rief, ja offen zur Revolution schritt. Nach vergeblichem Verhandeln der Behörden mußte zur Gewalt geschritten und M. zur Kapitulation gezwungen werden. Wieder begnadigt, ging M. nach Paris und 1849 nach Sizilien zu den Aufständischen. Anfang Juni wurde er als Ober-General der Revolution nach Baden berufen, kämpfte bei Waghäusel und floh nach Niederwerfung des Aufstandes in die Schweiz, von da nach Paris, wo er Privatlehrer wurde. In Baden hinterließ Mieroslawski den Ruf vollständiger Unfähigkeit. Am 25. Januar 1863 wurde er von der polnischen National-Regierung zum Diktator ernannt, aber schon am 22. Februar von den Russen bei Raziejewo geschlagen und zur Flucht gezwungen. Da die National-Regierung von ihm abfiel, so ging er nach Paris, wo er bis jetzt gelebt hat.

Aus dieser Skizze ersieht man, daß Mieroslawski einer der ältesten Generäle der kosmopolitischen Revolution war und von Jugend auf überall dieser Fahne gefolgt ist. Politisch hatte er niemals viel Bedeutung. Anhänger der demokratischen Richtung, gerieth er sogar mit seinen Landsleuten in Polen im Jahre 1863 sofort in den schärfsten Gegensatz und faßte die Dinge beim schiefen Ende an. In der Episode des Posen'schen Aufstandes von 1845 zeigte er sich als Anhänger der alten tollen Phantasiepartei, welche bei jeder Gelegenheit halb Europa gegen sich aufbringt, weil sie nicht blos die Freiheit Polens, sondern auch Vergewaltigung der ehemals polnischen, seitdem aber längst mit anderen Staaten fest verwachsenen Provinzen, wie Posen, verlangt. Bei seinem Mangel an Feldherrntalent, obwohl persönlich tapfer, wie alle Polen, hat er im Ganzen weder seiner Nation noch der Revolution in anderen Ländern und Völkern viel genützt. Für Polen war er schon deshalb unmöglich, weil er zu sehr Franzose, zu sehr von den Anschauungen des modernen Frankreich erfüllt war.

— Was wir über Wien von dem Stande der Dinge in Rumelien erfahren, klingt nach wie vor keineswegs erbaulich, vielmehr versichert die „P. C.“, die Besorgniß der Pforte, daß Rußland sich zu einem neuen Kriege rüste, sei im Wachsen begriffen. Wie dem nun auch sei, an Veranlassung zu Besorgnissen mangelt es gewiß nicht in einem Lande, welches von Tag zu Tag mehr sich erfüllt von wildestem Fanatismus und von dem Glauben an eine neue ungewisse Zukunft.

Graf Schuwalow hat vorläufig das Ziel seiner Reise erreicht, indem er in London wieder anlangt. Aber wenn er in Wien und Pest keinen sonderlichen Erfolg zu verzeichnen hätte, so dürfte man kaum darauf rechnen, daß es ihm in Paris und London besser ergehen werde. Jetzt, nach Ausbruch des Krieges in Afghanistan, wird die Aufgabe eines russischen Botschafters in London, sei er nun ordentlicher oder blos außerordentlicher und für eine abgegrenzte kurze Mission hingesandt, eine doppelt schwierige. So gut als England jetzt zwei Brennpunkte der Orientpolitik hat, so muß sich auch die russische Politik spalten, vorausgesetzt, daß sie nicht in Afghanistan blos eine Unterstützung fester Pläne in Europa sähe. Das offiziöse russische Journal führt denn auch eine in Rücksicht auf den afghanischen Krieg ziemlich zurückhaltende Sprache. Es macht wiederholt darauf aufmerksam, daß England Unrecht habe, die russische Gesandtschaft nach Kabul so übel zu nehmen und daran einen Krieg zu knüpfen, weil die Gesandtschaft zu einer Zeit abging, wo die englisch-russischen Beziehungen solche waren, daß man heute in England jenen Schritt Rußlands sehr natürlich finden dürfte. Als der Friede wiederhergestellt und gesichert war, da wäre Rußland an der Rückberufung oder Rückgängigmachung der Gesandtschaft verhindert gewesen, theils durch die fehlende Verbindung mit Kabul oder der Gesandtschaft, theils durch die ersten Gebote diplomatischer Rücksicht.

Wenn man aus diesen Erklärungen des Blattes allein schließen wollte, so wäre es dem russischen Kabinet gar nicht recht, daß dieser Kampf mit Schir Ali ausgebrochen ist. Uebrigens begegnen die Engländer offenbar größeren Schwierigkeiten, als sie unterstellten, und in der Fortsetzung des Feldzuges dürfte eine Stockung eintreten.

Berlin, 25. November. (Erster Parteitag der deutschen Fortschrittspartei.) Zum ersten Male seit Begründung der Partei trat gestern eine Versammlung von Mitgliedern der Fortschrittspartei hierselbst zusammen, um das alte Programm derselben vom 9. Juli 1861 in „eine neue, den politischen Veränderungen Deutschlands angepaßte Form“ zu fassen. Die Präsenzliste des Parteitages zeigt 52 jetzige und 15 frühere Landtags-Abgeordnete, sowie 9 jetzige und 18 frühere Reichstags-Mitglieder auf, zusammen 94 Abgeordnete bei 286 Theilnehmern.

Die gestrige Versammlung wurde von Dr. Virchow mit einer längeren Ansprache eröffnet. Es sei ihm der ehrenvolle Auftrag zu Theil geworden, diesen ersten Parteitag zu eröffnen. Er gehöre zu den wenigen ursprünglichen Unterzeichnern des ersten Programms, von denen noch mehrere hier anwesend. Wir haben in alter Zeit etwas gehabt, was ein Parteiprogramm genannt wurde, aber das viel citirte Programm von 1861 war im strengen Sinne des Wortes kein Parteiprogramm, sondern ein Wahlprogramm für diese Zeit. Wenn nichtsdestoweniger dieses ursprünglich für eine einzelne Wahl bestimmte Programm sich als eine so dauerhafte Grundlage der Parteibildung erwiesen, ja wenn wir noch jetzt in den Hauptdingen darauf als auf einen in der That vollen Ausdruck von Partei-Bestrebungen zurückkommen können, dann erklärt sich dies wesentlich aus dem Umstande, daß die politische Entwickelung nicht blos in Preußen, sondern auch in Deutschland in einer Weise wieder zurückgeschoben ist, daß wir nicht blos diese alten Bestrebungen als neue betrachten können. Herr Virchow wendete sich dann zu dem Verlangen des gleichen Wahlrechts für die Gemeinde, dem er, wenigstens nicht gegenwärtig, das Wort reden könne, denn diese Möglichkeit könne seiner Meinung nach nur dann erfüllt werden, wenn durch die fortschreitende Bildung die inneren Vorstellungen der Menschen von dem, was gut, recht und nützlich ist, sich viel mehr harmonisch und gleichmäßig entwickelt hat, als dies bis jetzt geschehen. (Sehr richtig!) Hüten wir uns vor allen Dingen vor Phrasen, um uns gegenseitig zu betrügen, das müsse einmal ganz offen gesagt werden. Es sei in der That unmöglich, daß in jedem Augenblick eine große Partei über alle Fragen des Staats sich vollständig verständigt; das sei eine falsche Forderung. Wir müssen uns an den Gedanken gewöhnen, daß wir in das Programm nur die großen wichtigen Ziele aufnehmen, welche als die Leuchten unserer Thätigkeit betrachtet werden müssen. Er bitte, darauf zu achten, daß das, was man hier mache, das Programm für das ganze deutsche Vaterland sein soll, welches sich zum ersten Male mit dem Bewußtsein der Begründung einer wahrhaft nationalen Fortschrittspartei gestalten soll. (Bravo!) Wir würden sehr erfreut sein, wenn es gelänge, die einzelnen Programme so weit zu fördern, daß wir auch mit der Zeit eine Reihe weiterer Punkte in unser Gesammtprogramm aufnehmen können. Der überraschend zahlreiche Besuch der Versammlung von alten Freunden, die früher unsere Kampfgenossen waren, läßt hoffen, daß wir in eine Periode kommen werden, in welcher das Volk ein energisches Vorgehen verlangt; aber wo finden wir unsere Bundesgenossen? Sehen wir von den Stimmlosen ab, die sich nicht um Politik kümmern, so haben wir von links nicht viel zu hoffen, denn die letzten Reichstagswahlen haben gezeigt, daß die eigentliche Volkspartei nur über wenige Stimmen verfügt. Die Sozialdemokraten und ihre Stimmen wollen wir nicht haben, der Sozialdemokrat, der mit Bewußtsein sein Ziel verfolgt, ist unser direkter Gegner, mehr noch als ein Konservativer. Augenblicklich könne man nicht sagen, ob die Sozialdemokratie rechts oder links steht, aber wenn sie einmal zum Operiren käme, dann würde man sehen, daß sie uns einen Polizeistaat bringen würde, wie er im konservativsten Staat nicht existirt. (Sehr richtig!) Aus den Reihen der Sozialdemokraten würden wir höchstens das unentwickelte Material, unreife, halbwüchsige Subjekte erhalten, und wir können unsere Politik nicht danach einrichten, welche Zahl von Personen aus diesem sozialdemokratischen Anhang zu uns übergeht. (Bravo!) Wir müssen als unabhängige Männer uns nach oben gegen die Regierung, nach unten gegen die die Gesellschaft bedrohenden Massen richten; wir wollen auch unsere Agitation nicht nach der Seite richten, wo unsere Feinde sitzen, denn mit dieser Richtung ist die wahre Freiheit ebenso wenig vereinbar, als mit dem Reichskanzler des deutschen Reiches. (Lebhafter Beifall.) Wir wollen auch nicht auf die wankelmüthigen Männer der Bourgeoisie rechnen, auf die Männer des großen Kapitals, die wir 1862—1864 auch hatten; wir müssen unsere Unterstützung nach rechts suchen aus denjenigen Personen, die in der Gesellschaft eine gewisse Bedeutung haben. Vollständig unterschieden von dieser Bourgeoisie sei das gute, echte deutsche Bürgerthum, aber politisch noch zu ungeschult, um großen Ereignissen gegenüber sofort die richtige Stellung einzunehmen. Kriege wie 1866 und 1870 seien wohl geeignet, auch sonst klare Köpfe zu verwirren, und die persönliche Stellung des Reichskanzlers, wie sie sich dadurch entwickelte, sei von so gewichtigem Einfluß auf die Entschließung des einzelnen Bürgers, daß der Einzelne daran erinnert werden müsse, daß die Pflicht der politischen Dankbarkeit nicht so weit gehe, um selbst nach den größten Erfolgen eine Politik zu unterstützen, welche zum Verderben des Vaterlandes führt. (Großer Beifall.) Herr Virchow vertheidigte schließlich die Fortschrittspartei gegen den Vorwurf der persönlichen Feindschaft gegen den Reichskanzler, mit dem Hinweis auf die Leistungen hervorragender Redner, welche die Thätigkeit des Reichskanzlers mit voller Bewunderung anerkannten; aber deshalb brauche man sich weder seiner Reichseisenbahn- noch seiner Schutzzollpolitik anzuschließen. Die Fortschrittspartei müsse ihre Verbündeten in dem Kreise der Bürgerschaft suchen, um wieder eine gesunde Wirthschaftspolitik herbeizuführen. Lassen Sie uns unsere Aufgabe darin zusammenfassen, die großen, wichtigen Gesichtspunkte, nach denen die Partei arbeiten muß, in einer kleineren Zahl von Zügen festzustellen als das, was nach allgemeiner Meinung auch jetzt schon in den einzelnen Ländern als Gegenstand des politischen Strebens der Partei mit Erfolg geltend gemacht werden könne. Wollen wir überhaupt in Deutschland etwas wirken, so brauchen wir große Verstärkung, um die ins Auge gefaßten näheren Ziele zu erreichen, und das ist um so schwerer in diesem Augenblick, da die heranwachsende Generation, von einem uns fremden Geiste erfüllt, genau genommen, reaktionär geworden ist. Benutzen wir die Stärke, welche uns die Vergangenheit giebt, arbeiten wir auf diesem Wege weiter, üben wir Versöhnlichkeit und Nachsicht auf dem Boden der gemeinsamen Prinzipien. (Anhaltender Beifall.)

Die Versammlung trat sodann in die Tages-Ordnung ein. Erster Gegenstand derselben war der vorliegende Entwurf der Geschäftsordnung, die auf Antrag des Stadtsyndikus Zelle en bloc angenommen wurde.

In den Vorstand wurden gewählt die Herren: Klotz-Berlin, Professor Hänel und Windthorst-Bielefeld; zu Schriftführern Dr. Herrmann-Dresden, Rechtsanwalt Beckh-Nürnberg, Abg. Dr. Lutteroth und Abg. Parisius.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung des vom Central-Wahl-Comité vorgelegten Parteiprogramms.

Fr. Dr. Braun (Berlin) beantragte: den Programmentwurf einer ad hoc zu bildenden Kommission zur nochmaligen Berathung zu überweisen.

Advokat Franke (Leipzig) beantragte: anstatt „Fortschrittspartei“ zu sagen: „demokratische Partei.“

Nachdem Professor Dr. Hänel (Kiel) den Punkt 1 in längerer Rede befürwortet, bemerkte Buchhändler Findel (Leipzig): Er könne nur für ein Programm stimmen, das zum Mindesten auch der süddeutschen Volkspartei die Möglichkeit lasse, sich mit der Fortschrittspartei zu vereinigen. Er halte eine so schroffe Stellung, wie sie Herr Prof. Dr. Virchow gegenüber der Sozialdemokratie eingenommen, nicht für gerechtfertigt. Im Weiteren verlange er eine strenge Absonderung von der nationalliberalen Partei.

Redakteur Philipps (Berlin): Es sei ihm unverständlich, daß man angesichts der gegenwärtigen Situation sich nicht zur Aufstellung eines vollständig neuen Parteiprogramms entschließen wolle. Er stimme mit Herrn Findel überein, daß man sich nur von links rekrutiren könne. Eine Partei, die sich über die Ausdehnung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts noch nicht klar sei, stehe nicht auf dem Standpunkte Waldeck's. (Rufe: Oho!)

Münz (Köln a. Rh.): Er befürworte eine Ueberweisung des Programms an eine Kommission. Er könne versichern, wenn der Kulturkampf beendet sein werde, dann werde die Fortschrittspartei, wenn sie ein ordentliches Programm aufgestellt habe, selbst aus den Reihen des Centrums Zuwachs erhalten

Advokat Franke (Leipzig): Die Fortschrittspartei von heute sei keineswegs mehr die Fortschrittspartei von ehedem. In Folge ihrer Fühlung mit der nationalliberalen Partei werde sie niemals demokratische Wähler gewinnen.

Abg. E. Richter (Hagen): Eine Partei, an deren Spitze Männer wie Schultze-Delitzsch u. A. stehen, habe die Aufstellung eines besonderen sozialen Programms nicht nöthig. Er stelle im Uebrigen noch den Antrag: „In Erwägung, daß die Erhaltung des geltenden Reichswahlrechts in Nr. 1 als Aufgabe der Partei hingestellt ist, daß die für das Reich zu erfüllenden Aufgaben, welche das Programm zunächst in's Auge faßt, zugleich die Grundrichtung für die Einzelstaaten bezeichnen soll, beschließt der Parteitag, daß die Reform des Landeswahlrechts in der vorgezeichneten Richtung, vorbehaltlich der Erörterung der Frage auf späteren Parteitagen, für jetzt in die Hand der Parteigenossen in den einzelnen Landtagen zu legen ist.“

Dieser Antrag, sowie Punkt 1 des Programms wurde schließlich unter Ablehnung aller anderen Anträge angenommen.

Der Antrag von Findel und Genossen wurde gegen etwa 8 Stimmen verworfen.

Zu Punkt II. des Programms lag aus Darmstadt ein Antrag vor, welcher eine Erweiterung der Grundrechte in der Reichsverfassung verlangte. Nachdem von den Herren Hänel und Eugen Richter darauf hingewiesen worden war, daß sachlich ein volles Einverständniß mit dieser Forderung vorhanden sei, daß aber die Erfahrung zeige, wie die Aufnahme von Grundrechten in die Reichsverfassung eine Einschränkung durch einfaches Gesetz nicht hindere, wurde der Antrag zurückgezogen und die Versammlung erklärte ihre Zustimmung auch zu Punkt II. des Entwurfs, welcher lautet:

„II. Volle Durchführung des Rechtsstaates, insbesondere Gleichheit vor dem Gesetze ohne Ansehen des Standes und der Partei; Aburtheilung von politischen und Preßvergehen durch Geschworene; Sicherung der Preß-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit."

Hiernach vertagte sich die Versammlung auf Anregung des Herrn Präsidenten Klotz, der inzwischen den Vorsitz wieder übernommen hatte, bis heute (Montag) Vormittag 10 Uhr zur Fortsetzung der Berathung. Schluß 4 Uhr.

An die gestrige Sitzung des Parteitages schloß sich Abends 7 Uhr eine öffentliche Versammlung in der städtischen Turnhalle (Prinzenstraße) an. Der weite Saal — der größte Berlins — war lange vor Eröffnung der Versammlung überfüllt. Ueber 3000 Personen wohnten der Versammlung bei, welche glänzende, schwunghafte und überzeugend klare Reden von Virchow, Richter und Anderen brachte.

Heute Vormittag kurz nach 10 Uhr wurde die zweite Sitzung des Parteitages durch den Präsidenten eröffnet. Der sächsische Reichstags-Abgeordnete Eysoldt gab ein umfassendes und in seinen Ausführungen ebenso interessantes als klares Referat zu Art. III. des Programmentwurfs, welcher Artikel sich mit der Militärlast befaßt. Die Debatte, die sich hieran knüpfte, war eine ziemlich lebhafte. Schließlich wurde unter Ablehnung aller Amendements der Paragraph in der folgenden unverändert gelassenen Fassung des Central-Wahlcomite's angenommen: III. Entwicklung der vollen Wehrkraft des Volkes unter Schonung der wirthschaftlichen Interessen, daher Verminderung und gleichmäßigere Vertheilung der Militärlast durch Abkürzung der Dienstzeit und volle Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Jährliche Feststellung der Friedenspräsenzstärke durch das Etatsgesetz."

Ein langes und eingehendes Referat zu Art. IV. des vorgelegten Programms, der sich mit den Steuer- und Wirthschaftsfragen beschäftigt, gab der Abg. Professor Hänel. Er stellte es sich hierbei nicht sowohl zur Aufgabe, die einschlagenden Angelegenheiten sachlich zu erörtern und zu beleuchten, als die Stellung der Fortschrittspartei ihnen gegenüber klar zu machen. Bemerkenswerth und werthvoll ist hierbei das ausdrückliche Zugeständniß, daß die Fortschrittspartei durchaus keine Freihandelspartei sei. Im Rahmen dieser politischen Partei hätten auch Anhänger anderer wirthschaftlicher Theorien, namentlich z. B. der schutzzöllnerischen Richtung, bequem Platz, wenn auch in der Fraktion die Mehrheit freihändlerischen Neigungen huldige. Eine sehr bewegte, sehr lebhafte Debatte knüpfte sich an die Steuerfrage. Namentlich die Vertreter Magdeburgs verlangten die Aufnahme eines Paragraphen, welcher bedingungslos die Aufhebung aller indirekten Steuern und die Einführung einer einzigen direkten Steuer, der progressiven Einkommensteuer, verlangte. U. A. trat Eugen Richter gegen diese Auffassung mit vieler Wärme und Gründlichkeit auf. Er erörterte die Undurchführbarkeit einer solchen Einrichtung in unserem Staate, die Unzweckmäßigkeit und die mangelnde Popularität dieser Wünsche

Schließlich wurde der Paragraph unverändert in der folgenden vom Comité vorgeschlagenen Fassung angenommen:

IV. Erhaltung des Rechtes des Reichstags auf jährliche Steuerbewilligung; bis zur vollen Sicherstellung dieses Rechtes in anderer Form Beibehaltung der Matrikularbeiträge unter Annahme eines gerechteren Vertheilungsmaßstabes.

Vertheilung der Steuerlast nach Maßgabe der Steuerkraft; insbesondere keine Ueberbürdung der weniger bemittelten Volksklassen durch unverhältnißmäßige Besteuerung allgemeiner Verbrauchsgegenstände.

Festhaltung der bewährten Grundsätze der Zollvereinspolitik, keine Steuer- und Zollpolitik im Dienste einseitiger Interessen.

Keine Monopole."

Gegen zwei Uhr kam Punkt V. zur Berathung (Freizügigkeit, Gewerbe-Angelegenheiten und Reform der Aktien-Gesetzgebung), und nahm zu einem eingehenden Referate Abg. Ludwig Löwe das Wort.

Ausland.

Paris, 23. November. Ueber die Budgetdebatte ist wenig zu berichten. Cela marche comme sur des roulettes, und wohl niemals hat man eine so vollständige Uebereinstimmung der Regierung und der Kammer gesehen. Einige unverbesserliche Kritiker bringen zwar Amendements ein, verlangen Ermäßigungen oder Erhöhungen der vorgeschlagenen Kredite, aber die Majorität läßt denselben kaum Zeit, ihre „unzeitigen" Anträge zu entwickeln und votirt die Kapitel der verschiedenen Etats wie am Schnürchen. Auch die erwartete Diskussion über die Personalfrage ist dem Minister des Aeußeren erspart geblieben, und Herr Waddington hat keine Veranlassung gehabt, über die von dem Referenten Herrn Spuller ausgesprochenen Wünsche der Republikaner eine Aeußerung abzugeben. Erst die in der heutigen Sitzung stattgehabte Debatte über den Etat des Kultusministeriums bot einige interessante Momente. Vor Beginn derselben verlangte der legitimistische und ultramontane Deputirte Herr de la Bassetière das Wort, um im Namen seiner Gesinnungsgenossen folgende Erklärung abzugeben:

„Indem wir unseren Vorbehalt betreffs der Unzulänglichkeit gewisser Bewilligungen aufrecht erhalten, werden wir das Kultusbudget votiren, ohne uns an der Debatte zu betheiligen. Dieses Budget ist dasselbe wie das des Jahres 1878 und wir wissen sehr wohl, daß die Majorität dasselbe nicht als ein definitives ansieht, sondern nur als eine Etappe betrachtet, um bis zu dem Augenblick eines nahen Sieges (Senatswahlen) den Kampf zu vermeiden. In der Unsicherheit, worin sich die Katholiken über ihr Schicksal befinden, reserviren sie sich und erwarten mit Ruhe die Stunde des Kampfes oder der Versöhnung. Der Redner will hoffen, daß man sich auf diesem letzteren Terrain begegnen wird; in der That kann keine Regierung ihren Unterthanen (sujets!) die innere Genugthuung der Seele und der Religion verweigern. Aber wenn die Pläne des Ostrazismus und der Ausstoßung sich verwirklichen, dann werden die Katholiken, wenn auch in den Kammern dezimirt, mit Gottes Hülfe den Kampf aufnehmen, in vollem Vertrauen auf ihre gute Sache, getreu den 100jährigen Ueberlieferungen und in der christlichen Gesinnung, welche die Seele Frankreichs belebt."

Diese Erklärung wurde von der Rechten mit lebhaftem Beifall aufgenommen, während die Linke sich durchaus ruhig verhielt und sofort dazu überging, die ersten Kapitel ohne jede Debatte zu votiren. Die erste Meinungsverschiedenheit zwischen dem Minister und der Budgetkommission zeigte sich bei dem Kapitel über die Gehälter der katholischen Geistlichkeit. Herr Bardoux hat für dieselben eine Erhöhung des vorjährigen Kredites um 20,000 Francs verlangt, um den ältesten Pfarrern der kleinen Dorfgemeinden ein Gehalt von 1000 Francs, d. h. eine Zulage von 100 Francs, gewähren zu können. Der Minister meinte, durch eine solche Maßregel würde die Republik nur gewinnen können. Aber der Referent, Herr Fallières, erklärte, die Budget-Kommission könne sich auf eine solche Erhöhung nicht einlassen. Die fraglichen Pfarrer erhielten jetzt sämmtlich 900 Frs. Gehalt, hätten außerdem das Erträgniß der Messen, das durchschnittlich auf 250 Frs. jährlich anzuschlagen sei, sodann mindestens 100 Frs. von sonstigen „Opfern" und außerdem das Pfarrhaus mit Garten. Das sei als vollkommen genügend zu betrachten, namentlich wenn man an die Schullehrer denke, die bei einer ungleich bedeutenderen Arbeit viel weniger günstig gestellt seien. Die Majorität schloß sich dieser Ansicht an, indem sie mit 268 gegen 193 Stimmen die von dem Minister verlangte Erhöhung ablehnte.

Das gleiche Schicksal erlitt der ministerielle Antrag auf Erhöhung der Gehälter der protestantischen Pastoren, für welche Herr Bardoux trotz seiner ersten Niederlage tapfer eintrat, indem er geltend machte, daß die Pastoren gezwungen seien, ziemlich umfassende Studien zu machen, und sodann auch meistens eine Familie zu unterhalten hätten. Der Referent erwiderte, daß das Gehalt der Pastoren bereits höher sei als das der Friedensrichter und in gewissen Städten sogar der Richter der ersten Instanz; darüber noch hinauszugehen, erlaube das Budget nicht, und er müsse daher um Ablehnung der beantragten Mehrbewilligung ersuchen. Und so geschah es.

Nachdem auf diese Weise katholische Pfarrer und protestantische Pastoren keine Gnade gefunden, hielt Herr Bardoux es für angemessen, seinen ebenfalls gestellten Antrag auf Erhöhung der Gehälter der Rabbiner zurückzuziehen. So wurde heute die Gleichberechtigung der drei Religionen in der französischen Kammer zur Anschauung gebracht.

Paris, 24. November. Eine offizielle Depesche aus Madrid bestätigt, daß allerdings Besprechungen zwischen den Regierungen existiren, um von der Schweiz die Ueberwachung der dort verweilenden Anarchisten zu verlangen.

Ein dem „Temps" aus Rom von heute Mittag zugehendes Telegramm meldet, daß die ganze Eisenbahnstrecke zwischen Neapel und Rom während der Reise des Königs Humbert nach der italienischen Hauptstadt von Soldaten bewacht war, die in Entfernungen von je fünfzig Metern postirt waren. In Rom haben 300 Verhaftungen stattgefunden. Die Regierung soll Beweise besitzen, aus denen sich das Bestehen einer großen Vereinigung ergiebt, welche sich gebildet haben soll, um den König zu ermorden. Zugleich wird versichert, daß die vor einiger Zeit der Bank gestohlenen 2½ Millionen Lire in die Hände der Internationalen gefallen seien.

Am 2. Dezember, dem Jahrestage der Schlacht von Champigny, wird die Todtengruft eingeweiht werden, in welcher die Gebeine der an diesem Tage gefallenen Franzosen und Deutschen vereinigt beigesetzt wurden; der Kriegsminister wird dieser Feierlichkeit vorstehen.

Der Zustand Emil Girardin's, der seit einigen Tagen krank ist, soll sich verschlimmert haben.

London, 24. November. Nach den neuesten Nachrichten vom afghanischen Kriegsschauplatze ist der Angriff auf Alimesdjid ziemlich genau nach Dispositionen erfolgt, welche wir nach dem Korrespondenten der „Daily News" mitgetheilt haben. Der weite Umweg, den die Brigade Mapherson's über höchst schwieriges Terrain zu machen hatte, verhinderte übrigens das rechtzeitige Eintreffen dieser Truppen, um noch im Laufe des Donnerstags Alimesdjid von der Front und im Rücken anzugreifen. Es mußte daher das Gefecht abgebrochen werden, die britische Abtheilung, welche unter Major Birch die rechte Flanke der Afghanen beunruhigte, erlitt bei dem Zurückgehen ziemlich schwere Verluste; Major Birch und Lieutenant Fitzgerald wurden getödtet, ein andrer Lieutenant und vierzig Mann wurden verwundet. In der Nacht zum Freitag erschien die Brigade unter Oberst Tytler im Rücken Alimesdjids. Als die Afghanen dies gewahr wurden, traten sie den Rückzug an, wobei sie aber vom Feinde zum Theil abgeschnitten wurden. Eine Abtheilung der Afghanen fiel auch Truppen des Grenzstammes der Afridays in die Hände; 500 Mann wurden abgeschnitten und ihnen von den Afridays Waffen und Ausrüstungsgegenstände abgenommen. Als am Freitag General Browne den Angriff auf das Fort erneuern wollte, erhielt er die Nachricht von der schon erfolgten Räumung des Platzes. Man fand daselbst eine Anzahl Verwundeter, 10 Geschütze, sehr viel Proviant, Zelte u. dgl. Es scheint, daß die Engländer beim Angriff auf Alimesdjid die militärische Tüchtigkeit der Afghanen unterschätzt haben; fast alle Berichte über das Gefecht rühmen die Haltung der Afghanen.

„Die Stellung des Feindes — meldet der Korrespondent des „Daily Telegraph" — war bewunderungswürdig ausgewählt und geschickt verschanzt. Unsere Ueberlegenheit in Artillerie trug wesentlich zum Aufgeben der Vertheidigung bei. Die afghanischen Schützen bei den Vorposten und die Besatzung fochten gut." Die Engländer glauben nun, daß, nachdem die Afghanen einmal die britische Uebermacht gefühlt haben, sie im Osten von Djellalabad keinen nennenswerthen Widerstand mehr leisten werden. Die indische Regierung beabsichtigt augenblicklich nicht über Dhaka hinaus vorzurücken, sondern will das Thal mit einer starken Brigade besetzt halten und für bessere Kommunikation durch den Khaiberpaß sorgen. Erst im Frühjahr sollen größere Truppenmassen nach Djellalabad und Kabul vorgeschoben werden, wenn sich bis dahin — was nach „Times" übrigens nicht unwahrscheinlich ist — der Emir nicht den englischen Bedingungen unterworfen hat. Von der Kuram- und Quettaharmee sind neue Nachrichten nicht eingetroffen. General Roberts, der die Kuram-Kolonne befehligt, erwartet, vor Sewar keinen ernstlichen Widerstand zu finden. Von Quettah aus ist General Biddulph bis nach Kuschlak vorgerückt, wird aber schwerlich vor Ankunft des Oberbefehlshabers General Donald Stewart, der von Multan in Eilmärschen heran kommt, weiter vorgehen. Ehe er jedoch mit seinem Hauptkorps Quettah erreicht, kann fast ein Monat vergehen, so daß an weitere Operationen der südlichen Invasionsarmee für dieses Jahr nicht mehr gedacht werden kann. Also wird man sich bis Eintritt des Winters damit begnügen, im Norden Dakha, im Osten Kuram und im Süden die Peshirdafilos zu nehmen, um an diesen Punkten bis zum Frühjahr Halt zu machen und Verstärkungen heranzuziehen; denn um bis Djellalabad, Gazni und Kandahar vorzudringen, sind die jetzt bestehenden drei Heeresabtheilungen zu schwach.

Provinzielles.

Stettin, 26. November. Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl I. Abtheilung wurden die Herren Kaufmann C. Greffrath, Brauereibesitzer Th. Kreich, Buchhändler Paul Saunier, Kaufmann H. C. Burmeister, Kaufmann Th. Fritsch, Direktor Dr. Amelung, Rentier und Ingenieur Fr. Holberg, sämmtlich auf 6 Jahre, Kaufmann H. P. Döring auf 4 Jahre und Malermeister Wilh. Dittmer auf 2 Jahre zu Stadtverordneten gewählt.

— Durch Erlaß des Handelsministers vom 22. d. M. ist die Errichtung einer Handelskammer für die Stadt Stralsund genehmigt und die Zahl der Mitglieder auf sieben bestimmt worden.

— Am 21. d. Mts, Abends, wurde von einem Wagen vor dem Hause gr. Oderstraße 17 eine Kiste, 74 Pfund schwer, den Herren Jacobi und Moisch gehörig, gestohlen. Dieselbe enthielt Puppengestelle.

— Am Abend des 22. d. Mts. wurden einem Kutscher aus verschlossenem Pferdestall, Petrihofstraße 1, eine Menge Garderoben- und Wäschestücke gestohlen. Die Diebe sind zuerst über einen sieben Fuß hohen Zaun und sodann mittelst Leiter durchs Fenster gestiegen.

Greifswald, 25. November. Gestern Vormittag brachte der Kopenhagener Bergungsdampfer „Kattegatt" das Lübecker, bei Thiessow gestrandete Dampfschiff „Neva", Kapitän Nevermann, hier ein. Das Schiff, dessen Ladung zum größten Theil aus Roggen besteht, der nach Wolgast bestimmt war, soll hier von den Herren Spruth und Jul. Kesseler reparirt werden. Der Roggen, der zum größten Theile mit Wasser in Berührung gekommen ist, ist auf das Bollwerk geschüttet und soll morgen früh hier für Rechnung der Rhederei verkauft werden. — Am Sonnabend feierte die hiesige freiwillige Feuerwehr ihr Stiftungsfest durch einen solennen Kommers im Jarmer'schen Hotel. Die zahlreich erschienenen Freunde und Gönner bewiesen, welch großes Interesse die Bevölkerung an diesem Institut nimmt.

Demmin, 24. November. Gestern fand der von der ornithologischen Gesellschaft „Aegintha" veranstaltete Markt von edlem Geflügel von Morgens 8 Uhr bis Abends 5 Uhr im Lokale des Gastwirths L. Witt hier statt. Das Verkaufslokal war mit pommerschen, preußischen und deutschen Fahnen, sowie mit Tannen ausgeschmückt. Nur Mitglieder konnten edles Geflügel zum Verkauf stellen, und deshalb war die Auswahl eine nicht so mannichfaltige, wie bei allgemeinen Ausstellungen resp. Märkten. An Hühnern waren verkäuflich: Italiener, Spanier, La Flèche, Brahmas, Cochinchinas, Peruaner, Engländer, Hamburger Goldlack und ein Goldfasan, im Ganzen ungefähr 80 Stück. Die Zahl der Tauben betrug 50—70 Paare, darunter Trommel-, Pfau- und Kropftauben, Staarenhälse, Indianer, Mövchen, Schwalbentauben, Kragentauben rc. Nicht geringes Erstaunen erregte ein Stamm, 1,2, weiße, sehr große Aylesbury-Enten, welche der Vorsitzende der „Aegintha", Dr. Schumann, zum Verkauf gestellt hatte. Der Erpel, sieben Monate alt, wog 7½ Pfund, die Enten, 6 Monate alt, waren kleiner, und jede circa 1½ Pfund leichter. Diese Enten waren nicht gemästet. Für diesen Stamm wurden 55 Mark geboten, aber trotzdem blieb derselbe in den Händen des Besitzers. Letzterer nahm jedoch verschiedene Bestellungen auf Bruteier von diesen Enten entgegen. Die Zahl der Kanarienvögel, darunter vorzügliche Schläger resp. Roller, belief sich auf 28 Stück. Der beste Schläger wurde mit 24 Mark bezahlt. Die Kauflust war im Allgemeinen gering. Nachfragen nach Tauben gab es fast gar nicht, nur Hühner wurden gesucht, und besonders Italiener, Spanier und Cochinchinas. Den Rest des Markttages verlebten viele Aeginthaner im Verkaufslokal in äußerst gemüthlicher Stimmung und schlossen unter sich noch verschiedene Käufe ab.

Literarisches.

Ein Werk, welches ganz zur rechten Zeit erscheint, kündigt eben die Spemann'sche Verlagshandlung in Stuttgart an, der wir schon das Scherr'sche Familienbuch „Germania" zu danken haben. Jakob von Falke, der gefeierte Kulturhistoriker, unternimmt es, eine Kulturgeschichte des klassischen Alterthums zu schreiben, welche in ähnlicher Weise wie die Germania von den ersten Künstlern Deutschlands, Friedrich Peller, Otto Knille, Anselm Feuerbach, A. v. Werner, u. v. A. mit Bildern geschmückt wird. Der Gedanke ist ein schöner und ein der allgemeinen Theilnahme werther. Denn was für eine Anschauung haben wir vom klassischen Alterthum? Wie sah das Forum aus? Wie die Akropolis? Zahllose Fragen dieser Art drängen sich Jedem auf, der, nicht befriedigt von der rein literarischen Bildung unserer Jugend, mit künstlerischem Sinn sich in jene einzige Welt versenkt, deren Trümmer uns aus Pompeji, Olympia, Mykene, Troja u. s. w. entgegentreten und uns in stets neues Entzücken versetzen. Gerade in unseren Tagen erstehen ja die Schätze des Alterthums in ungeahnter Fülle auf's neue und gerade in unsern Tagen einer sozialen und politischen Verstimmung ist ein derartiges Werk in jedem Familienkreise mit Freuden zu begrüßen, ein Werk, welches, aus dem Materialismus der Gegenwart flüchtend, in der wunderbaren Vollkommenheit des antiken Lebens ein Reich des Ideals zeigen wird.

Viehmarkt.

Berlin, 25. November. Es standen zum Verkauf: 2044 Rinder, 7136 Schweine, 848 Kälber, 3398 Hammel.

Trotz des durchweg sehr geringen Auftriebes zeigte der heutige Markt überall dieselbe matte Tendenz, wie vor 8 Tagen, wozu außer den schon damals erwähnten Gründen, noch das eingetretene weiche Wetter mitwirkte.

Bei Rindern wurde Prima von den rheinländischen Exporteuren vielleicht ein Wenig mehr beachtet, doch ließen sich dieselben, wenn überhaupt, nur zu einer sehr unwesentlichen Preiserhöhung herbei. — Es wurde bezahlt: für Prima 60—63, Sekunda 48—51, Tertia 39—42 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht.

Auch für Schweine blieb das Geschäft fast unverändert: Beste Mecklenburger 47—48, Prima-Landschweine 44—46, Sekunda 42—43, Russen 37—39 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht. Bakuner 40—42 Mark bei 50 Pfund Thara

Für Kälber wurde je nach Qualität 40—55 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht angelegt; nur ein Paar ganz vorzügliche Stücke erzielten bis 60 Pf.

Hammel waren in besserer Waare ziemlich stark vertreten; der Preis variirte zwischen 40—50 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 25. November. Die „Pol. Korr." veröffentlicht folgende Meldungen:

Aus Konstantinopel vom 24. d. Mts.: Die Verhandlungen zwischen der Pforte und dem österreichischen Botschafter, Grafen Zichy, bezüglich der Okkupation Novibazars dauern fort. Die Pforte beschloß, die Okkupation unter der Bedingung zu acceptiren, daß Oesterreich-Ungarn auf Verlangen der Pforte drei bestimmte strategische Punkte im Distrikte von Novibazar räumt und sie von türkischen Truppen besetzen läßt.

Paris, 25. November. Graf Chambord hat ein Schreiben an den Deputirten Grafen Mun (klerikal), dessen Wahl für ungültig erklärt worden war, gerichtet, in welchem er denselben zu seiner muthigen Vertheidigung der Religion beglückwünscht.

London, 25. November. Heute fand in Downing-Street ein sehr eilig und ohne vorherige förmliche Einladung zusammenberufener Ministerrath statt, welchem sämmtliche Kabinetsmitglieder beiwohnten.

London, 25. November. Sämmtliche Baumwollspinnereien im Distrikte von Oldham wurden heute Morgen wieder geöffnet, um alle diejenigen strikenden Arbeiter zuzulassen, welche die Arbeit bei einer Lohnreduktion von 5 Prozent wieder beginnen wollten. Es haben indessen nur wenige Spinnerarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen, c. 10,000 Arbeiter setzen den Strike fort.